

Erscheinungsweise:  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 15 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile  
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Nr. 139 140

Freitag, den 18. Juni 1926.

Bezugspreis:  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

Gernspracher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei.

101. Jahrgang

## Ernährungsministerkonferenz in München

### Die Stützung der Landwirtschaft.

In München, 19. Juni. Gestern fand die Besprechung der Deutschen Landwirtschaftsminister in München statt. Zunächst erstattete Geheimrat Böhr vom Reichsernährungsministerium ein eingehendes Referat über die Entwicklung und den Stand der Handelsvertragsverhandlungen. Dabei wurde besonders auch die Frage der erstmals im schwedischen Handelsvertrag berührten Lebensmittelzölle erörtert, vor allem der Getreidezölle. Hierzu nahm zunächst Reichsernährungsminister Dr. Haslunde zu ergänzenden Ausführungen grundsätzlicher Art das Wort. An der Debatte hierüber beteiligten sich die Vertreter aller Länder. In der Aussprache wurden die einschlägigen Fragen sowohl von den verschiedenen Gesichtspunkten der Erzeuger, wie der Verbraucher beleuchtet. Beschlüsse wurden nicht gefasst. Hierauf referierte Ministerialrat Dr. Döring vom Reichslandwirtschaftsministerium über die Finanzierung der Getreideernte.

In der Nachmittagsitzung der Ernährungsministerkonferenz wurde zunächst über die Kreditgewährung für die kommende Ernte eine längere Aussprache gepflogen. Dabei wurde von mehreren Rednern die Besorgnis geäußert, die Getreidehandels-gesellschaft könne sich spekulativ auswirken und aus ihr ein Getreidemonopol herauswachsen. Reichslandwirtschaftsminister Dr. Haslunde gab die Versicherung, daß weder in der Getreidehandels-gesellschaft noch im Reichslandwirtschaftsministerium irgendwelche Bestrebungen bestünden, aus der Getreidehandels-gesellschaft ein Monopol werden zu lassen. Ausschlaggebend sei, den Preis des Getreides möglichst stabil zu halten. Es wurde mitgeteilt, daß die Beschuldung der Landwirtschaft aus Real- und Personalkredit im März 1926 3,1 Milliarden betragen habe. Dazu kämen etwa 3 Milliarden Aufwertungsschulden und 2 Milliarden Rentenbankschulden. Aufsehen machte die Mitteilung, daß von den 250 Millionen, die als Kredite für die Land-

wirtschaft von der Golddiskontbank freigestellt worden seien, bis heute erst etwa 130 Millionen abgehoben und in die Hände der Landwirte gelangt seien. Ueber die Gründe dieses Verlangens der Kreditgewährung teilte der Reichslandwirtschaftsminister mit, daß tatsächlich die 250 Millionen seit Monaten in Berlin bereit lagen. Es sei nicht möglich gewesen, sie bis zu den kredit-suchenden Landwirten heranzubringen. Es ständen auch bereits weitere Mittel zur Kreditgewährung zur Verfügung. Die Schuld daran, daß das Geld nicht schnell genug an die Landwirte herantomme, liege aber nicht an der Zentrale. Wenn es aber vorkomme, daß z. B. ein Kreditinstitut 6 Millionen für Kre-dite übernommen habe, davon aber in den ganzen Monaten bis jetzt erst 340 000 Mark Kredite abgegeben und nur 6 Anträge bearbeitet worden seien, so sei das unerklärlich. Die Länder sollten überall nachprüfen, wieviel Mittel ihnen zur Verfügung gestellt und wieviel davon als Kredit bereits ausgegeben worden sei. Wenn es nicht anders werde, dann sei das Reichsland-wirtschaftsministerium genötigt, die Kredite dahin abzugeben, wo man mit den Krediten am schnellsten arbeite. Was die Zins-sätze anlangt, so sei leider festzustellen, daß die Zwischenhand, vielfach gerade auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften die Zinsen stark erhöhe. Der bayerische Landwirtschaftsminister sehr betonte, daß auch bei der Rententribunalinstanz Berlin, an der Stelle, wo zuletzt über die Ablehnung oder Annahme der Ge-suche entschieden werde, lange Verzögerungen entständen. Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger führte aus, daß es sich für den kommenden Herbst vor allem darum handele, 1,3 Milliarden für die Beleihung der Ernte zur Verfügung zu stel-len. Durch Lombardierung allein sei dies nicht zu erreichen. Es müßten daher auch von anderer Seite Erleichterungen geschaf-fen werden. Reichslandwirtschaftsminister Dr. Haslunde regte eine periodische Wiederholung derartiger Konferenzen an. Diese Anregung wurde allerseits mit Beifall aufgenommen und Staatsrat Dr. Heibeder lud schon jetzt für die nächste Tagung nach Hamburg ein.

## Die französische Kabinettskrise.

### Briands Bemühungen gescheitert.

#### Herriot bei der Kabinettsbildung.

In Paris, 19. Juni. Die Bemühungen Briands um die Ka-binettsbildung sind gescheitert. Briand hat den ganzen gestrigen Vormittag hindurch ununterbrochen mit Poincaré und Herriot verhandelt. Trotz dringendster Vorstellungen ist es Briand nicht gelungen, Herriot umzustimmen. Herriot hat sich definitiv geweigert, in das neue Kabinett einzutreten. Briand hat darauf dem Präsidenten der Republik um 3 Uhr nachmittags offiziell das Scheitern seiner Bemühungen mitgeteilt. Um 3/5 Uhr erklärte Herriot beim Verlassen des Schloßes, daß er den Auftrag zur Kabinettsbildung erhalten und angenommen habe. Herriot nahm sofort Besprechungen mit Sarraut, Malvy und Chaumemps auf und begab sich dann zum Präsidenten des Senats. Nach Blätter-meldungen soll Herriot bereits eine Ministerliste fertig haben.

#### Schwierigkeiten für Herriot.

Herriot steht vor einer außerordentlich schwierigen Aufgabe und seine engsten Parteifreunde versicherten in den Wandergängen der Kammer, daß Herriots politisches Geschick in diesem Augenblick auf dem Spiele stehe. Wenn es ihm nicht gelingen sollte, ein Kabinett zustande zu bringen, so würde nicht nur sein politischer Stern verbleichen, sondern auch seiner Partei, die heute die stärkste in der französischen Kammer ist. Aber auch wenn Herriot ein Kabinett zu Stande bringen sollte, würde Herriots Situation außerordentlich schwierig, denn mit der Ver-leugnung der Grundsätze, die bei den letzten Kammerwahlen Geltung hatten, mit der Verleugnung der Grundsätze, die der letzte radikal-sozialistische Parteitag von Nizza erfochten hatte, daß jedes Zusammengehen mit den Rechtsparteien der Kammer verurteilt werden soll, und endlich mit der Verleugnung des Be-schlusses, den die Radikal-Sozialisten gestern vormittag in der Kammer angenommen hatten, und worin sie erwarten, daß eine republikanische Politik der Linksparteien durchgeführt werden solle, müßte er sich entschließen, wenn sein Kabinett auf eine Mehrheit in der Kammer rechnen soll, dieses stark nach rechts zu erweitern und wenigstens die beiden Gruppen der Linkrepublikaner und der demokratischen Linken, die aber weit rechts sitzen, in diese Mehrheit aufzunehmen.

#### Kombinationen für das neue Kabinett.

In politischen Kreisen glaubt man, daß Herriot wenig Aus-sicht besitzt, eine Regierung bilden zu können. Man will in diesen Kreisen wissen, daß Herriot, wenn er das Kabinett dennoch zu Stande bringe, neun Portefeuilles den Linksparteien und sieben den Rechtsparteien zuweisen würde und zwar würde sich das Kabinett dann folgendermaßen gestalten:

Painlevé: Unterricht; Herriot: Präsident und Außenres.; De Monzie: Finanzen; Durand: Inneres; Vinet: Ackerbau; Chaumemps: Justiz; Daladier: Krieg; Senator Maurice Sar-raut: Arbeit; Senator Debrusse: Unterstaatssekretär für Außen-res. Den Mitgliedern der Rechtsparteien würden folgende Por-tefeuille zugewiesen werden: Bohan: Inneres; Pietric: Kolo-nien; Dariae: Pensionen; Victor Voret: Handelsmarine; Co-rat: Öffentliche Arbeiten; Flandin: Luftschiffahrt; Boucheur, Mitglied der Linkradikalen, würde den Handel erhalten.

## Neue französisch-spanische Operationen in Marokko.

In Paris, 19. Juni. Nach einer Meldung der La Voix de Guipuzcoa aus Tetuan haben die französischen Truppen Sche-hanen besetzt. Die spanischen Truppen bereiten mit Unterstüt-zung der französischen Kolonnen eine Operation vor, die zum Ziele hat, die Verbindung zwischen der östlichen und westlichen spanischen Zone herzustellen. Nach einer Meldung des „Jour-nal“ aus Rabat gehen die Kämpfe zwischen den einzelnen ma-rokkanischen Stämmen weiter. Bei Taza macht sich eine Ge-genbewegung der Stämme geltend, die französische Flieger durch Bombenabwürfen niederzuschlagen versuchen. Der frühere fran-zösische Fremdenlegationsrat Klems, der deutscher Staatsangehö-riger ist, befindet sich als Gefangener der Franzosen in Mel-nes und soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

## Die Währungskrise in Belgien.

Francois über die belgischen Stabilisierungspläne. In Essen, 19. Juni. Francois erklärte nach seiner Rück-kehr aus London in der belgischen Presse, man habe ihm die Verlängerung der kurzfristigen Anleihe (Dollar), welche von Janßen zu Stabilisierungszwecken aufgenommen worden war, zugehanden. In den starken Optimismus Francois mischte sich indessen auch etwas Zweifel darüber, ob die Sanierungspolitik schnell zu einem günstigen Ende geführt werden könne. Aus

## Die Konferenz der Kleinen Entente.

### Ein polnisch-rumänisches Bündnis.

In Weid (Weldes), 19. Juni. Die Session des gestrigen Tages war die Erklärung des rumänischen Außenministers, daß Rumänien ein Bündnis mit Polen abgeschlossen habe. Die Mit-teilung erregte in diplomatischen Kreisen das größte Aufsehen. Die Vertreter Jugoslawiens und der Tschechoslowakei erklärten bei der Konferenz, daß diese Tatsache einen völligen Umsturz der Grundideen der Kleinen Entente bedeute. Die Tschechoslowakei und Jugoslawien seien darüber einig, daß sie niemals einen Vertrag eingehen könnten, der sich in irgend einer Weise gegen Rußland richte. In der russischen Frage müßten sich Jugosla-wien und die Tschechoslowakei stets fest und vorbedenken.

## Tages-Spiegel.

Die Konferenz der Ernährungsminister, die gestern in München zusammentrat, beriet über die Handelsvertragsverhandlungen und über die Lebensmittelzölle, im Anschluß an den Vertrag mit Schweden.

Die fünf Spitzengewerkschaften haben in einer Eingabe an die Reichsregierung um die Verlängerung der Zollermäßigungen um vier Monate gebeten.

Briands Versuch zur Kabinettsbildung ist gescheitert. Herriot hat den Auftrag des Präsidenten zur Kabinettsbildung an-genommen.

Eine Erzhäufung im englischen Bergarbeiterstreik macht sich be-merkbar. Der Bergarbeiterverband von Lancashire konnte die Streikunterstützung an seine 80 000 Mitglieder nicht mehr be-zahlen.

Die deutsche Hochseeflotte ist von ihrer Auslandsreise am Frei-tag in ihre Heimathäfen zurückgekehrt.

Der Hochschulkonflikt in Hannover wird dadurch beigelegt, daß Professor Lessing nach Ablauf des Sommersemesters einen dauernden Forschungsauftrag erhält.

### Das erste offiziöse Communiqué.

Ueber die bisherigen Verhandlungen in Weid wird folgendes Communiqué veröffentlicht:

Die Konferenzvertreter der Kleinen Entente haben bei der allgemeinen Uebersicht der internationalen politischen Lage die vollständige Uebereinstimmung der Gesichtspunkte der Ver-treter der Länder der Kleinen Entente festgestellt. Gestern wurden alle Fragen der Tagesordnung im einzelnen überprüft, besonders die Beziehungen jedes Staates der Kleinen Entente zu seinen Nachbarn. In der Nachmittagsitzung wurden die Ra-tifizationsurkunden der am 18. Juni erneuerten Defensivverträge zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei und zwischen Ru-mänien und Südslawien ausgetauscht. Auch die russische Frage wird aufgerollt werden. Der deutsch-russische Vertrag wird in diesem Zusammenhang eingehend besprochen werden.

## Im Zeichen des Volksentscheids.

### Die Nachprüfung der Volksabstimmung.

Berlin, 19. Juni. In maßgebenden Kreisen nimmt man an, daß das vorläufige Ergebnis des Volksentscheides etwa um Mitternacht des 20. Juni feststehen wird. Das endgültige Re-sultat wird diesmal nicht von dem Reichswahlleiter, sondern in einem Wahlprüfungsverfahren durch das Reichsprüfungsgericht beim Reichstag festgestellt werden. Da es sich um 68 000 Stim-mbezirke handelt, dürfte dieses Gericht etwa um die Mitte des Au-gust zusammentreten. Sein Vorsitzender ist der Zentrumsged-ordnete Schulze. Es setzt sich zusammen aus Vertretern der größ-ersten Fraktionen des Reichstages und einigen Gerichtsräten. Das abschließende Urteil wird vom Reichsministerium des Innern bekannt gegeben.

### Zusammenstöße bei der Wahlpropaganda.

In Berlin, 19. Juni. Am Freitagabend ist es in Groß-Berlin mehrfach zu Reibereien zwischen den Angehörigen von Rechts- und Linksparteien wegen der von den Sozialdemokraten und Kommunisten betriebenen Wahlpropaganda gekommen. Am Nachmittag durchzogen die Kommunisten Charlottenburg und führten eine Karikatur des Reichspräsidenten mit sich. Das Bild erregte lebhaftesten Unwillen und auf die Beschwerden mehrerer Passanten griff schließlich die Polizei ein und be-schlagnahmte die Karikatur. In der zehnten Abendstunde kam es am Belle Alliance-Platz, wo das Reichsbanner eine Spen-de-stelle für den Volksentscheid errichtet hatte, zu Reibereien zwi-schen Anhängern der verschiedenen politischen Richtungen. Im Verlaufe dieses Geplänkels entspann sich schließlich eine Prügelei, an der Mitglieder der Rechtsparteien, sowie auch der anderen Seite, Reichsbanner und Rote Frontkämpfer, beteiligt waren. Die Krawalle zogen sich nach und nach bis zum Wälderplatz hin, wo dann eine Radfahrerstreife und das alarmierte Unfallkom-mando der Schutzpolizei eingriffen und die Kämpfenden aus-einanderbrachte. Es erfolgten mehrere Zwangsfeststellungen.

## Neuer Umsturz in Portugal.

In Paris, 19. Juni. Nach Meldungen aus Lissabon hat General Costa gestern morgen den Ministerpräsidenten Cabeca-das in einem Schreiben zur Demission aufgefordert und ange-kündigt, daß er selbst die Ministerpräsidentenschaft und das In-nenministerium übernehmen werde. Cabecadas ist zurückgetreten. General Costa besetzte verschiedene strategische Punkte der Haupt-stadt und ließ die Truppen einmarschieren. Vorläufig ist es in Lissabon ruhig. Die Deputiertenversammlung aber neue Schwie-riigkeiten.

## Kleine politische Nachrichten.

Neue Wohnungsbeschlagnahmen in Erier. Die Besatzungsbehörde hat angeordnet, daß sämtliche freiverbende Wohnungen der Besatzungsbehörde gemeldet werden, damit sie darüber verfügen könne. Neuerdings wurden von den Franzosen 11 Wohnungen beschlaggenommen. Auch die Wohnung im Dienstgebäude der staatlichen Domänenverwaltung ist neuerdings beschlaggenommen worden.

Die Unterdrückung der elsass-lothringischen Autonomiebewegung. Der Straßburger Gerichtshof hat den Notar Daehle aus Benfeld, der das autonomistische Manifest des Heimatbundes mit unterzeichnet hatte und der bei der Gerichtsverhandlung die volle Verantwortung für seine Handlungsweise ausdrücklich auf sich nahm, seines Amtes enthoben.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Wie von gutunterrichteter Stelle verlautet, hat die polnische Delegation bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland dem Handelsministerium in Warschau mitgeteilt, daß die Verhandlungen im Lauf dieser Woche zu Ende geführt würden. Die polnische Delegation erklärt ferner in dem Bericht, daß von der deutschen Delegation der beste Wille zum Abschluß des Handelsvertrages gezeigt werde und daß, wenn die Verhandlungen so weiter gehen, in aller nächster Zeit der Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages erwartet werden könne.

Die polnischen Sozialdemokraten fordern Parlamentsauflösung. Das Präsidium der polnischen sozialistischen Partei hat eine Entschließung angenommen, in der es von der Regierung fordert, Sejm und Senat sofort aufzulösen und neue Wahlen zum 17. Oktober auszuschreiben. Die Regierung ist nicht geneigt, diesen Forderungen der Sozialisten nachzukommen.

Der polnische Staatspräsident droht mit dem Rücktritt. Wie in Regierungskreisen verlautet, wird Präsident Moscicki zurücktreten, wenn der Vorschlag zur Änderung der Verfassung von den gesetzgebenden Körperschaften nicht angenommen werden sollte. Auch der Sejm-Marschall Rataj erklärte noch einmal ganz entschieden, daß er in diesem Falle zurücktreten werde.

Haller von Bilsudski abgesetzt. Der Ministerrat hat die Generale Haller, Rascewski und Ostinski, die Waffeninspektoren waren, aus Sparsamkeitsrücksichten in den Ruhestand versetzt.

Rücktritt des österreichischen Unterrichtsministers. Am Mittwoch wurde ein Handschreiben des Bundespräsidenten an den Kanzler veröffentlicht, in dem der Rücktritt des Unterrichtsministers Dr. Schneider angenommen und der Minister für soziale Verwaltung Dr. Reisch mit der vorläufigen Leitung des Unterrichtsministeriums betraut wird.

Um die Ministerenschaft Dr. Benesch. Eine Aufforderung der tschechischen nationalsozialistischen Partei an Dr. Benesch, entweder sein Abgeordnetenmandat oder das Ministerium aufzugeben, ist von Dr. Benesch noch nicht beantwortet worden. Wie verlautet, wird Dr. Benesch zwar demissionieren, der Präsident der Republik wird jedoch die Demission nicht annehmen.

Doumergues Londoner Besuch verschoben. Wie die Morgenblätter aus Paris melden, gibt das Außenministerium amtlich bekannt, daß in Anbetracht der politischen Lage die Reise des Präsidenten der Republik Doumergue nach London auf einen „günstigeren Augenblick“ verschoben worden ist.

England stabilisiert den belgischen Franken. Nach seiner Rückkehr aus London erklärte der belgische Finanzminister Francqui, daß es ihm gelungen sei, in London erneut Kredite zu erhalten, die ihm die Regelung der inneren Finanzen ermöglichen werde. Nach der inneren Stabilisierung werde die Regierung barangehen können, den Franken zu stabilisieren. Die Stabilisierung des belgischen Franken sei völlig unabhängig von der Stabilisierung des französischen.

Moskau und die nationalen Minderheiten. Die ukrainische Regierung hat bei der Zentralregierung in Moskau die Einberufung eines Kongresses der nationalen Minderheiten in der Ukraine beantragt. An diesem Kongress sollen die Deutschen, Weißrussen, Litauer und andere nationale Minderheiten sich

beteiligen. Die Sowjetregierung hat jedoch Bedenken gegen diesen Kongress geäußert, weil er eine Verschlechterung der russisch-polnischen Beziehungen mit sich bringen könnte.

Der türkische Anteil am Mossul-Petroleum. Wie die Morgenblätter aus Angora melden, hat die Türkei das Angebot des Fraks angenommen, wonach sie statt der im englisch-türkischen Abkommen vorgesehenen prozentualen Beteiligung an der Petroleumproduktion in Mossul  $\frac{1}{2}$  Million Pfund Sterling erhält.

Austritt Chinas und Persiens aus dem Völkerbund. Nach einer Meldung der Chicago Tribune steht der Austritt Chinas aus dem Völkerbund bald bevor. Der Grund für diesen Schritt ist die Unzufriedenheit Chinas über die Gleichgültigkeit des Völkerbundes gegenüber den chinesischen Ansprüchen. Auch bei Persien sind Anzeichen vorhanden, dem Beispiel Chinas zu folgen.

Neuer chilenisch-amerikanischer Konflikt. Wie aus Washington gemeldet wird, haben chilenische Truppen den Auftrag erhalten, das Tacna-Arica-Gebiet zu besetzen. Die chilenische Regierung hat ihren Vorgesandten in Washington instruiert, alle Diskussionen über eine diplomatische Regelung der Frage einzustellen.

## Die Autonomiebewegung im Elsaß.

Die elsass-lothringischen Abgeordneten nicht gegen die Regierung. In Paris, 18. Juni. In der Kammer traten gestern die elsass-lothringischen Deputierten mit Ausnahme der Sozialisten und Kommunisten zu einer Besprechung zusammen. Es wurde die Lage besprochen, wie sie durch die Maßnahmen der Regierung gegen die Beamten entstanden ist, die das Manifest des Heimatbundes unterzeichnet haben. Die Minderheit war der Ansicht, daß man gegen die Maßnahmen der Regierung protestieren und ihre Beseitigung durchsetzen versuchen müsse. Die Mehrheit war dagegen der Ansicht, daß die elsass-lothringischen Deputierten in einer Frage dieser Art keine Stellung zu nehmen hätten, da es sich ausschließlich um Verwaltungsmaßnahmen der Regierung handelt. Diese Ansicht gelangte schließlich allgemein zur Annahme und die Vereinigung der Parlamentarier beschloß, weder für noch gegen die Maßnahmen des Justizministers in Elsaß-Lothringen zu intervenieren.

## Die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen.

In Berlin, 18. Juni. Ueber den Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen erfahren wir von zuverlässiger Seite, daß von dem umfangreichen Programm, das Zollfragen, die Fragen der Ein- und Ausfuhrverbote, der Niederlassung usw. umfaßt, gegenwärtig erst die Zollfragen zur Verhandlung stehen. Diese Verhandlungen laufen günstig. Nach der ersten Lesung werden jedoch die polnischen Vertreter nach Warschau zurückkehren, um erneut mit den in Frage kommenden Interessenten zu verhandeln und dann erst in Berlin die 2. Lesung beginnen. Von einem kurz bevorstehenden Abschluß der Verhandlungen kann daher noch keine Rede sein.

## Bersärfung der engl. Kohlenkrise.

Um die achtstündige Arbeitszeit. Die englische Regierung wird schon in der nächsten Woche im Unterhaus einen Gesetzesentwurf vorlegen, der die achtstündige Arbeitszeit im Kohlenbergbau gestattet. Das Gesetz soll drei Jahre Gültigkeit haben, dann jedoch nach Maßgabe der Rentabilität des Bergbaus verlängert werden. Die Regierung hat es danach in der Hand, das Gesetz zu verlängern, wenn sich herausstellt, daß bei Wiedereinführung der sechsstündigen Arbeitszeit der Kohlenbergbau unrentabel wird. Wie verlautet, werden die Grubenbesitzer erst das Inkrafttreten dieses Gesetzes abwarten und dann die Lohnsätze bekanntgeben, die die einzelnen Gruben unter Berücksichtigung ihrer Rentabilität zahlen können. In Arbeitgeberkreisen glaubt man, daß nach Bekanntgabe der neuen Löhne ein großer Teil der Arbeiterschaft die Arbeit wieder aufnehmen werde.

## Der Einsiedler vom Schredhorn

18 Hochgebirgsroman von M. B. Hohendorf.

Wieder spielte ein unmerkliches Lächeln über das Gesicht Hertas, als sie darauf nickte:

„Freilich, weiter ist nichts zu sehen als Fels und Eis.“

„Na aljo! Da kann doch auch beim zweiten Aufstieg nicht mehr zu sehen sein. Und dabei ist die Höhe nicht einmal ganz ungefährlich. Der alte Führer, der Moberger, hat es mir schon erzählt. Was kannst du nur da oben wollen?“

„Hinauf!“

Mit einem verlegenen Ausdruck schaute Bonomi auf Herta. Dies eine Wort war ihm zu unverständlich. Hinauf! War dieser Wille wirklich ein Ziel, auf dem man bestehen bleiben konnte? Hinauf, wo doch wirklich nichts als Fels und Eis zu finden und zu sehen war, wo noch dazu der Weg durch Gefahren erkämpft werden mußte?

Etwas verstand er immerhin davon. Das wollte er ihr auch sagen. Und er entgegnete:

„Gewiß! Das ist ein Sport! Natürlich habe ich für so etwas Verständnis! Ich habe selbst schon einmal daran gedacht, mir einen Rennstall zuzulegen. Aber wenn du doch schon oben warst, gewiß eine Leistung, natürlich, ich gebe das zu, dann braucht so etwas doch nicht wiederholt zu werden. Das . . . das verstehe ich eben nicht.“

„Ich verlange das auch nicht von dir. Was es ist, das mich gerade wieder auf das Schredhorn zieht, das läßt sich mit Worten auch kaum erklären. Jedenfalls gabst du ja schon deine Zustimmung und ich bin dir dafür auch dankbar.“

„Natürlich, ja! Freilich gab ich mein Wort schon, aber an das habe ich dabei doch nicht denken können, an das am allerwenigsten. Du wirst doch nicht wieder in der

Gärten oben bleiben wollen, wo nur so ein Senn und dann ein so merkwürdiger Halbnaar haust. Das geht faktisch nicht.“

„Ich denke, daß du dein Wort nie brichst? Sagtest du das nicht einmal?“

Jetzt riß sich Paul Bonomi zusammen; sie sollte wissen, daß er seine Ehre hatte.

„Natürlich! Es war nicht nötig, mich daran zu erinnern. Ich halte mein Wort. Natürlich! Es gibt da keine andere Möglichkeit, aber ich werde selbstverständlich mitgehen.“

„Du? Auf das Schredhorn?“

„Natürlich! Es bleibt nichts anderes übrig. Als meine Braut darfst du nicht wieder eine Nacht allein mit zwei Männern in einer Hütte zusammenbleiben. Unmöglich. Und da du deinen Wunsch doch erfüllt haben sollst, so gehe ich eben mit. Das ist doch ganz natürlich.“

„Du? Aber Paul? Bist du je im Fels geklettert? Warst du je auf einem Berge? Ahnst du auch nur, was da von einem Menschen verlangt wird?“

„Dafür gibt es doch Führer. Die sind doch dazu da!“

Für einen Augenblick dachte Herta daran, wie das wohl sein würde, wenn Paul Bonomi in dem Raum des Schredhorns stecken möchte oder gar am Seil über der plattigen Wand hängen sollte. Nein, das durfte nicht sein. Nicht schon um der völligen Unmöglichkeit willen, sondern auch aus einem anderen Grunde, den sie ihm ebensovienig erklären konnte.

Wenn sie hinauf in diese gewaltige Einsamkeit wollte, wenn sie etwas hinauflockte und -rief, dann mußte sie allein kommen, dann mußte es sein, um für Stunden Reinheit und Schönheit zu genießen. Dann mußte sie

## Die Konferenz der Kleinen Entente.

Ljubow, 18. Juni. Die in Bukarest provisorisch unterzeichneten Devisenverträge sind zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien und zwischen Rumänien und Jugoslawien ratifiziert worden. Sie laufen jetzt für drei Jahre. Der Devisenvertrag zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien brauchte noch nicht verlängert zu werden, weil er erst am 23. Oktober 1927 abläuft. Die Verträge haben keinerlei Ergänzung oder Erweiterung erfahren. In unterrichteten Kreisen wird versichert, daß die Verlängerung dieser Devisenverträge keinerlei Spitze gegen Deutschland enthalte, umso weniger, als die Kleine Entente dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbunde wohlwollend gegenüberstehe.

## Württ. Landtag.

In einer nahezu sechsstündigen Sitzung hat der Landtag am Mittwoch die allgemeine Aussprache zum Etat des Innern zu Ende geführt. Man kann nicht sagen, daß die Debatte mit ihrer Länge auch an Bedeutung gewonnen hat, denn was in der Mittwoch-Sitzung noch vorgebracht wurde, waren vielfach Wiederholungen über die Hitlerverfassung, die Fortführung des Wohnungsbaues, die Bezirksreorganisation usw. Von der Deutschen Volkspartei führte zunächst der Abg. Rath aus, daß die neue Gemeindeordnung, wie in anderen deutschen Ländern, so auch in Württemberg, keine grundsätzlichen Änderungen werde bringen können, da die Grundzüge, die seither in der württembergischen Gemeindeverwaltung maßgebend waren, sich im ganzen bewährt haben. Eine Vereinfachung der Gemeindeverwaltungsgeschäfte werde nur möglich sein, wenn die Gemeinden von den Aufgaben, die Staat und Reich ihnen zuweisen, allmählich entlastet werden. Bei der Bezirksverwaltung werde sich eine Erweiterung des Aufgabekreises des Bezirksrats als unumgänglich notwendig herausstellen. Der unbegreifliche Beschluß der Regierung, daß in der Frage der Neuverteilung der Bezirke nun alles beim Alten bleiben soll, werde sich nicht durchführen lassen; diese wichtige Frage werde nicht eher zur Ruhe kommen, bis eine den Bedürfnissen der Bezirke Rechnung tragende Lösung gefunden sei. Die Abg. Pflüger und Genossen (Soz.) brachten einen umfangreichen Antrag ein, in dem von der Regierung ein festes Wohnungsbauprogramm, eine Herabsetzung der Zinsen und Tilgungsquoten für Bauländer und die Vereinfachung von weiteren Baulandverträgen durch einen besonderen Nachtragsetat verlangt wird. Andre (Z.) wies die sozialdemokratische Kritik an der Amtstätigkeit des Ministers des Innern als unzutreffend zurück und sagte, das Land sei dem Minister dankbar, das er Ruhe und Ordnung in Württemberg aufrecht erhalten habe. Alle Kommunistenprozesse haben gezeigt, daß hier ein Zugreifen mit fester Hand durchaus geboten sei. Der Potemkin-Film, den er sich in Berlin selbst angesehen habe, habe den Zweck, in der Reichswehr und in der Schutzpolizei zersetzend zu wirken; außerdem sei er geradezu roh und abstoßend. Zur Hitlerverfassung sagte Andre, das Zentrum wolle die Versammlungs- und Redefreiheit nicht einschränken, es könne aber auch die militärisch eingestellte Organisation der Rechtsgruppen mit ihren militärischen Spielereien nicht billigen. Mit einem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft dürfe nicht länger zugewartet werden, denn unsere Gesamtwirtschaft könne nicht gesund sein, solange ein wichtiger Teil der Wirtschaft noch zur Unfruchtbarkeit verurteilt sei. In der Frage der Zusammenlegung der Oberamtsbezirke verrate er kein Geheimnis, wenn er sage, daß innerhalb der Zentrumsfraktion selbst keine völlige Übereinstimmung herrsche; dies treffe aber auch für die Oppositionsparteien zu. Unter dem lebhaften Widerspruch der Linken verbreitete sich der Abg. Mergethaler (Bölk.) dann nochmals über die Heilbronner Hitlerverfassung, wobei Präsident Körner mehrfach eingriffen und durch Mahnungen und Ordnungsrufe den ziemlich aufgeregten Gang der Beratung in sachliche Bahnen zurückleiten mußte. Minister Holz ging schließlich noch auf die geäußerten zahlreichen Wünsche, Fragen und An-

alles, was sie an diese Welt unten erinnerte, auch unten lassen.

Langsam schüttelte sie den Kopf.

„Nein! Damit würde mein Wunsch nicht erfüllt sein.“

„Ich will hinauf. Mein.“

„Aber . . . aber das geht doch nicht. Was würden da die Leute sagen, wenn dies bekannt werden sollte.“

Die Leute sagen! Das war es! Es gab in dieser Welt unten weder einen eigenen Willen noch einen eigenen Richter über das eigene Tun. Was die Leute sagen, das war zu jeder Handlung das Gericht.

„Danach frage ich nicht! Ich kann auch gar keine Gefahr in dem sehen, was ich will. Was ich schon einmal tat, kann ich doch wieder tun.“

„Aber ich bin doch dein Bräutigam.“

„Was hat das damit zu sagen?“

„Du nütztst dann wieder da oben.“

Jetzt ließ Herta sogar ein lautes, silbernes Klingendes nach sich hören.

„Ist das deine ganze Furcht?“

„Das geht nicht. Ich begreife dich da nicht. Wie kannst du über eine solche Sache auch noch lachen?“

„Berzehl! Aber du stellst dir das zu schlimm vor. Ich war nicht die einzige, die bereits auf einer solchen Höhe nächtigte, und ich werde gewiß nicht die letzte bleiben. Du darfst wirklich ohne Sorge sein.“

„Aber die Leute . . .“

„Wissen nichts und werden nichts erfahren.“

„Natürlich, das dürfen sie nicht, das nicht! Aber immerhin, ich darf nicht ohne weiteres meine Zustimmung geben, denn es soll auch wirklich gefährlich sein und schon deshalb mußte ich darauf dringen, daß ich dich begleite.“

Abdrückung folgt

# 3 Milliarden G. M. auszupressen

aus dem hungernden deutschen Volke

ist das Ziel der besetzten und abgedankten früheren Monarchen.

Zwölf Millionen deutsche Männer und Frauen haben sich im Volksbegehren mit ihrem Namen und in aller Öffentlichkeit gegen die schamlosen Forderungen der Fürsten ausgesprochen. Wenn die Gegner behaupten, daß eine Fürstenenteignung in Deutschland noch nie dagewesen, so sei an die restlose Enteignung der Fürsten von Hannover, Nassau und Kurhessen durch Bismarck und die Hohenzollern im Jahre 1866 erinnert. Soll nun die deutsche Republik die Fürsten nobler abfinden als ehemals ein Fürstenhaus das andere? Die Berufung auf Recht und jegliche Verfassung seitens der monarchistischen Parteien ist Heuchelei, da sie ja die Weimarer Verfassung nicht anerkennen.

Heute stellt man sich schügend vor Wilhelm II. in Doorn und seinen ganzen fürstlichen Anhang, während 1918 der deutsch-nationale Abgeordnete Dr. Steininger schrieb:

„Rein Wort der Kritik ist für diesen Abgang des Kaisers zu herbe. Sein Vorgehen war unköniglich, unsoldatisch, unmännlich und geeignet, der Monarchie und monarchistischen Gedanken den Todesstoß zu versetzen. Der schärfste politische Gegner der Monarchie hätte ihr kaum in gleicher Weise schaden können.“

Im Kampf gegen den Volksentscheid scheuen die Fürstenanhänger nicht vor den übelsten englischen und amerikanischen Hezmethoden zurück. Lüge und Verdrehung sind ihre Waffen. Hauptsächlich betonen sie die Enteignung des gesamten Grundbesitzes und der Kirche, wenn die Enteignung der Fürsten gelingen würde. Rein Geringerer als der völkische Reichstagsabgeordnete Graf von Reventlow schreibt gegen dieses „nationale Schwindelmanöver“:

„Es ist unrichtig, zu behaupten, das Volksbegehren und der Volksentscheid bilde eine schwere Gefahr für das Eigentum überhaupt in Zukunft. Daß manche naive Kommunistenführer sich ebenfalls derartiges denken, ist wahrscheinlich, aber ebenso sicher ist, daß auch nur ein kommunistischer Versuch, auf dem Wege der Enteignung weiterzugehen, nicht allein mißglücken müßte, sondern der kommunistischen Partei in Deutschland eine Ende machen würde.“

**Die Landwirtschaft** hätte bei der Enteignung der Fürsten den Vorteil, daß viele Bauernsöhne auf den riesigen Ländereien der Fürsten sich ansiedeln könnten. Das haben Bauernorganisationen (bayer. Bauernbund usw.) eingesehen und ihren Mitgliedern empfohlen zur Abstimmung zu gehen.

**Die betrogenen Sparer** sollen auf Anraten der Rechtsparteien von der Abstimmung fernbleiben. Der württembergische Sparerbund und ähnliche Organisationen der Sparer empfehlen aber gerade ihren Mitgliedern unter allen Umständen beim Volksentscheid abzustimmen, weil sie genau wissen, daß die Rechtsparteien es sind, die den nächsten Volksentscheid der Sparer unmöglich machen wollen.

**Das Handwerk**, das unter dem Steuerdruck und der schlechten Wirtschaftslage leidet, würde durch die Bewilligung der ungeheuren Fürstenansprüche noch mehr mit Steuern und Abgaben belastet, deshalb Handwerker, Gewerbetreibende, Kauf-

leute, Mittelstand, laßt Euch nicht durch den hinterlistigen Rat, bei der Abstimmung leere Kuverts abzugeben, Euer Staatsbürgerrecht abzuschwächen. Macht vom Wahl-Recht vollen Gebrauch!

**Die Beamenschaft** (Staat oder Privat), möge daran denken, daß gerade die nationalen Fürstentumsknechte es sind, die weiteren Beamtenabbau und verlängerte Arbeitszeit fordern, sich jeder Gehaltsaufbesserung widersetzen. Gebt ihnen, indem ihr abstimmt, die richtige Antwort.

**Kriegsopfer** denkt an des ehemaligen Kaisers tägliche Rente von 1870 Goldmark, an die hohen Offiziersrenten und vergleicht damit Eure armseligen Renten von ein paar Pfennigen im Tag, für die ihr Eure Gesundheit und Euer Lebensglück geopfert habt. Alle Ihr Kriegsschädigten, Kriegshinterbliebenen, Kriegsteilnehmer geht zur Abstimmung!

**Die Arbeiterschaft** muß restlos zur Abstimmung schreiten, denn die Auslieferung der ungeheueren Summen und Werte an die Fürsten hätte eine weitere Verschlechterung ihrer jetzt schon traurigen Lage zur Folge. Drei Milliarden will man den Fürsten zuschanzen, während man Euch jede Lohnerhöhung und ausreichende Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung verweigert.

**Frauen**, die ihr 20 Millionen Wahlberechtigte stellt, denkt an eure Verantwortung als Frau und Mutter. Viele 100 Schlösser der entthronten Fürsten könnten als Kinderheime und Heilstätten umgewandelt werden. Von den Zinsen der drei Milliarden können jährlich 40000 Wohnungen erbaut, 100000 Lungenkranke geheilt, 500000 Hungernde gespeist und 1 Million Kinder in Erholungsheime geschickt werden.

**Die Kirche** sei in Gefahr lieft man in Flugblättern usw. Die das oft schreiben, sieht man selbst nie in der Kirche, sie gehören meistens zu den Kriegs- und Inflationsgewinnlern. Wenn von kirchlicher Seite bedauert wird, daß Kaiser Wilhelm II. nicht der 1. Reich sei, sondern an 5. Stelle der Millionäre kommt, so zeigt das die Geistesrichtung der evang. Kirche. Bekanntlich heißt es in der Bibel, daß leichter ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher in den Himmel komme. Woher der Evang. Volksbund und das Bischöfl. Amt, die doch beide „neutral“ sein wollen, das Recht und die Gelder für solche Anzeigen hernehmen, wo so viel Not zu lindern wäre, ist schleierhaft. Andere evangelische Pfarrer bezeichnen die Forderungen der Fürsten als tief unfittlich und halten die Ablehnung der Forderungen als wohl vereinbar mit dem Geiste des Neuen Testaments. — Mit vollem Recht sagt der Zentrumsabg. A. Röder: „Einen Eigentumsanspruch der Fürsten an den Staat gibt es nicht; das ist der aus der Katastrophe geborene Grundsatz: Fürstentum ist Staatsbesitz geworden.“ Ebenso zutreffend sagt das Zentrumsblatt „Trenonia“: „Der Staat nimmt sich einfach wieder, was ihm von Rechts wegen gehört. Eine solche Entscheidung in der Abfindungsfrage entspricht auch der christlichen Moral.“ Darum Angehörige aller Bekenntnisse geht zur Abstimmung und stimmt mit „Ja“.

Wer die Not des Volkes und seine steuerliche Überlastung mildern, sowie Frieden und Recht im Staat schützen will, stimmt morgen beim Volksentscheid mit „Ja“. Wer nicht abstimmt, hilft den Fürsten bei ihrem Raubzug gegen das verarmte Volk, schuld an weit. Volksnot u. Steuerdruck. **Geht alle zur Abstimmung und stimmt mit „Ja“!**

## Volksenteignung oder Fürstenenteignung?

Werkstätiges Volk Deutschland! wahre Deine heiligsten Güter 3 Milliarden an barem Geld und Werten fordern eine Handvoll ehemaliger deutscher Fürsten als Abfindung für sich und ihre Anhängel.

Das schaffende Volk Deutschlands hat in einem Jahrzehnt ungeheure Opfer an Gut und Blut gebracht wurde durch ungeheueren Steuerdruck, Inflation und Lohnabbau enteignet.

Am 20. Juni soll das werktätige Volk eine Rechnung quittieren, die ihm bringen wird, entweder weitere Unterdrückung und Ausplünderung oder den ersten Sieg im Kampfe um seine Existenz.

Die Parole am 20. Juni lautet: „Keinen Pfennig den Fürsten“

Am Samstag, den 19. Juni, abends 7/8 Uhr findet im „Saalbau Weiß“ ein

**öffentl. Volksversammlung** statt.

Referenten: **Karl Schneid, Landtagsabgeordneter aus Stuttgart.**  
**Frau Fusch, Mitgl. d. Internat. Bundes der Kriegsopfer.**

Letztere Frau war als Delegierte in Sowjetrußland und wird sprechen über ihre Erfahrungen. Erscheint in Massen! R.P.D. Bezirk Württemberg.

**NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN**



**Nach Südbrasilien**

direkte Verbindungen mit den DEUTSCHEN SIEDLUNGSGEBIETEN

Anlaufhäfen: **SAN FRANCISCO DO SUL** **RIO GRANDE DO SUL**

mit den beliebten Doppelschraubendampfern **WESER-WERRA-MADRID** für Mittelklasse und III. Klasse

Kostenlose Auskunft und Prospekte durch **NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN** und sämtliche Vertretungen

**IN CALW: APOTHEKER CARL REICHMANN**

**Nur ständiges Inferieren bringt Erfolg!**

## Zur Aufklärung!

Am letzten Donnerstag war im „Calwer Tagblatt“ eine Anzeige unter der Überschrift „Zur Abwehr“ zu lesen, worin u. a. gesagt ist, die Wahl am nächsten Sonntag sei, wie jede andere Wahl, geheim; auch die Akten seien geheim zu halten. Die in Frage kommenden Beamten könnten also nur durch Diebstahl oder Vertrauensbruch Kenntnis davon erhalten, ob und wie der Einzelne abgestimmt habe.

Hierzu ist folgendes zu bemerken:

Das **„Wie“ des Abstimmens**, d. h. ob jemand mit „Ja“ oder „Nein“ abstimmt, ist und bleibt geheim; dies kann auch niemals durch Diebstahl oder Vertrauensbruch der Wahlkommissare, die übrigens hier fast ausschließlich Nichtbeamte sind, festgestellt werden. Aus den Akten selbst bezw. aus der im Wahllokal öffentlich ausliegenden Wählerliste ist nur zu ersehen, wer abgestimmt hat und wer nicht, niemals aber wie abgestimmt worden ist. Die auf die Reichspräsidentenwahl hin bedeutenden Ausführungen des Herrn Artikelschreibers sind daher Quatsch und zwar entweder dumm-dreister oder bewusst-irreführender Quatsch, ganz abgesehen davon, daß die gemachten Behauptungen unwar sind, ja technisch gar nicht wahr sein können.

**Nicht geheim aber ist die Wahlhandlung selbst**, denn der Schritt zur Wahlurne ist öffentlich und vollzieht sich in Gegenwart der Wahlkommission und anderer Anwesender; auch ist das Wahllokal während der Wahlhandlung selbst und nach deren Beendigung während des Zählens dem Publikum zugänglich.

Die Gegner des Volksentscheids bleiben der Wahlhandlung fern, seine Befürworter werden wählen. Unter den Wählenden mag sich zwar mancher befinden, der innerlich dagegen ist, aber unter einem wirtschaftlichen Druck seitens der Roten handelt. Und daß die Roten Druck auszuüben verstehen, und ihn auch ausüben, wo und wie sie können, ist bekannt. Druck aber erzeugt Gegen- druck. **Denn genau wie früher können und werden sich auch bei der Wahl am nächsten Sonntag Vertreter einer Partei im Wahllokal aufhalten und sich die Namen der abstimmenden Personen notieren.**

**Radfahrer!**  
Bringe mein reichhaltiges Lager in erstklassigen Herren- u. Damenrädern



Markenrad Mars und Digi  
Spezialrad Horizont und Wittelsbach  
in empfehlende Erinnerung

R. Schwämmle, Fahrradhandlung  
u. Reparaturwerkstätte, Bad Teinach.

**Persil bleibt Persil**



**Henkelmann & Ritter**  
Fernsprecher 165 :: :: Bischofstraße 499

Automobile u.  
Motorräder

Reparaturwerkstätte  
Ersatzteile :: Betriebsstoffe :: Pneumatik

# Ein Wort zum Volksentscheid.

Man sollte es nicht für möglich halten, wieviel Wähler in der Zeit vom 4. bis 17. März aus Unwissenheit zur Wahlurne getreten sind und ihre Stimme für das Volksbegehren um die Verabreichung der ehemals regierenden Fürstentümer abgegeben haben. Auch heute wissen viele immer noch nicht, um was es sich eigentlich handelt.

Es ist zu unterscheiden zwischen sogenanntem Krongut, das dem Staat gehörte und das dem jeweiligen Träger der Krone zur Verfügung gestellt wurde, einerseits und dem Privatvermögen der Fürsten andererseits. Das Krongut scheidet bei der Fürstenabfindung gänzlich aus; es war und blieb Staatseigentum.

Was das Privatvermögen der Fürsten betrifft, so haben auch sie ihren Besitz an Bargeld, Staatspapieren oder Krieganleihe durch die Inflation verloren. Verblieben sind ihnen, wie vielen anderen auch, ihre Grundstücke, Gebäude und Sammlungen, soweit sie nicht zum Krongut gehörten und die zum Teil recht erhebliche Unterhaltungskosten verursachen. Von diesem ihrem auch vom Staat anerkannten Privateigentum nun will der Staat den größten Teil, wie Schlösser und Sammlungen, enteignen und dafür muß er nach dem bestehenden Recht eine Abfindung bezahlen, genau wie jedem andern Staatsbürger, wenn er diesem etwas enteignet. Oder würde sich im Oberamt Calw oder sonst wo im Deutschen Reich ein einziger Geschäftsmann, Bauer, Arbeiter oder

Beamter etwa sein Haus, einen Acker, seinen Garten oder irgend etwas anderes, das ihm vor Gott und den Menschen als Eigentum gehört, vom Reich, vom Staat oder von der Gemeinde entschädigungslos enteignen lassen? **Nein einziger!**

Daher: **Gleiches Recht für alle**, auch für die Fürsten!  
Also: Das Krongut bleibt nach wie vor Staatsbesitz. Dafür aber, was der Staat den Fürsten von ihrem anerkannten Privateigentum nimmt, verlangen diese mit Recht eine Abfindung, eine Entschädigung. Ist dies unbillig? Nein, dies ist nur gerecht. Diese selbstverständliche Gerechtigkeit aber wollen Kommunisten und Sozialdemokraten durch den von ihnen verursachten Volksentscheid verhindern.

**Ein Dieb ist, wer seines Nächsten Eigentum stiehlt. Nicht besser ist derjenige, welcher dazu verhelfen.**

Uns allen gilt:

**Was Du nicht willst, das man Dir tu,  
Fig' Du auch keinem andern zu!**

Und wenn dies noch nicht genügt, der wisse:

**Gerechtigkeit erhöht ein Volk,**

**Aber die Sünde ist der Leute Verderben!** (Spr. 14, 34.)

**Diebstahl, auch durch Volksentscheid herbeigeführt, ist und bleibt Unrecht, Sünde! Man wird sehen, wer morgen dazu verhelfen will.**

Karl Zügel.

## Zur Aufklärung!

Die Nr. 138 d. Calwer Tagblatts vom 17. d. Mts. enthält die Anzeige: **Die Lokomotivführer gegen den Volksentscheid.**

**Die Ortsgruppe 408 Calw der Gewerkschaft deutscher Lokführer hat mit dieser, das Publikum bewußt irreführenden Anzeige nichts gemein.**

Im Bund deutscher Lokführer, in dessen Organ die Anzeige veröffentlicht wurde, ist nur ein ganz kleiner Teil 5% der Lokführer organisiert, während die anderen 95% in der Gewerkschaft deutscher Lokführer organisiert sind.

Die Gewerkschaft deutscher Lokführer ist parteipolitisch **vollständig neutral und überläßt es daher ihren Mitgliedern am Tage der Abstimmung nach eigenem Ermessen mit**

**Ja oder Nein zu stimmen.**

Der Vorstand der G. D. L.

Ortsgruppe Calw.

## Warum bei „Ja“ ankreuzen? So muß der Stimmzettel beim Volksentscheid aussehen!

Von verschiedenen Seiten wird gefragt, warum im Ja-Kreis beim Volksentscheid das Kreuz gemacht werden soll, weil viele der Auffassung sind, daß man mit Nein stimmen müsse, weil die Fürsten nichts bekommen sollen.

Beim Volksentscheid am 20. Juni wird über den durch das Volksbegehren geforderten Gesetzentwurf auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten abgestimmt.

Wer für den Gesetzentwurf, also für entschädigungslose Enteignung ist, muß also mit Ja stimmen. Wer den Fürsten alles in den Hals werfen will, der stimmt mit Nein.

Sorgt überall für Aufklärung, damit alles reiflos mit Ja stimmt und der Wille derer, daß die Fürsten entschädigungslos enteignet werden, auch klar zum Ausdruck kommt.

**Nur bis 5 Uhr abends kann am Sonntag abgestimmt werden.**

**Wer nicht mit „Ja“ stimmt, verschleudert Volksvermögen!**



### Bad Liebenzell.

## Unterhaltungsprogramm

der Stadt. Kurverwaltung  
für die Zeit vom 19. Juni bis 27. Juni 1926.

Samstag, d. 19. Juni:	Nachmittags von 4—6 Uhr:	Kur-Konzert
	Abends von 7/9 Uhr ab:	<b>Reunion</b>
Sonntag, d. 20. Juni:	Vormittags von 11—12 Uhr:	Promenadekoncert in den Kuranlagen
	Nachmittags von 4—6 Uhr:	Kur-Konzert
	Abends von 8 1/4—10 Uhr:	Tanzabend von Ina Sardes Stuttgart-Pforzheim
Montag, den 21. Juni:	Nachmittags von 4—6 Uhr:	Kur-Konzert
Dienstag, d. 22. Juni:	Nachmittags von 4—6 Uhr:	Kur-Konzert
	Abends von 7/9—10 Uhr:	Kur-Konzert
Mittwoch, d. 23. Juni:	Nachmittags von 4—6 Uhr:	Kur-Konzert
Donnerstag, 24. Juni:	Nachmittags von 4—6 Uhr:	<b>Tanz-Tee</b>
	Abends von 7/9—10 Uhr:	Kur-Konzert
Freitag, den 25. Juni:	Nachmittags von 4—6 Uhr:	Kur-Konzert
Samstag, d. 26. Juni:	Nachmittags von 4—6 Uhr:	Kur-Konzert
	Abends von 7/9 Uhr an:	<b>Reunion</b>
Sonntag, d. 27. Juni:	Vormittags von 11—12 Uhr:	Kur-Konzert
	Nachmittags von 4—6 Uhr:	Konzert der Schwäb. Lieder-Gruppe in Volkstracht; Leitung: Chormeister K. Cromer, Stuttgart.

Städtische Kurverwaltung.

Fernsprecher 206.

## Auto-Zentrale Calw

### Kirchherr & Wurster

Vertretung von Automobilen und Motorrädern - Reparaturwerkstätte An- und Verkauf von gebrauchten Wagen.

Fernsprecher 206.

### Wunder schön

Alle Möbel werden wie neu durch Möbelpolier „Wunder schön“  
C. Otto Binzler; Fr. Lamparter; G. Pfeiffer.

## An die Mitglieder des Sparerbundes!

Der Sparerbund will demnächst ein Aufwertungsbegehren mit anschließendem Volksentscheid durchführen. Er kann daher keinerlei Maßnahmen empfehlen, die geeignet sind, das Interesse der breiten Volksschichten an dem wichtigsten Akte der Volksgesetzgebung, nämlich die Abstimmung zum Volksentscheid abzuschwächen, deshalb rät der Sparerbund seinen Organisationen, den Gläubigern u. Sparern zu empfehlen, an dem Volksentscheid vom 20. Juni 1926 **durch Abstimmung teilzunehmen** und so zu stimmen, wie es der eigenen Überzeugung entspricht.

## NW&K WOLLGARNE

### Sportwollen

Nordstern - Fuldania - Schneestern - Blaustern - färbend in Güte und Farben  
Überall erhältlich! Auf Wunsch Bezugsquellen-Nachweis durch Sternwoll-Spinnerei Bahrenfeld G.m.b.H., Altona-Bahrenfeld

## Bruchleidende

Gehen Sie nicht auf verlockende unwahre Inserate, sondern zu einem langjährigen Fachmann. Mein Bruchband „Ideal“ eig. Syst. od. das Bruchband **Kolumbus D.R.P.** ist das Beste was existiert, ohne Feder, kein harter Ledergrübel od. Eisenbügel, rutscht u. drückt nicht, Tag u. Nacht tragbar. Garantie für tadelloses Passen. Leib-, Nabel-, Vorfalldbinden, Geradenhalter, sowie Bandagen aller Syst.usw. Dreißigjährige Erfahrung. Reelle Bedienung. Von mehr als 50 000 Bruchleidenden mit best. Erfolg getragen. Für alle Bruchleidende kostenlos zu sprechen in: **CALW, Dienstag, 22. Juni, von 2 1/2—6 Uhr abends im Hotel z. „ADLER“.** Bandagen-Spezialist **Eugen Frei, Stuttgart, Kronenstraße 46.**

## Fahrräder Nähmaschinen Strickmaschinen

sowie alle Ersatzteile und Reparaturen.  
**Ghr. Widmaier, mech. Werkstätte Bischoffstraße 45B.**

## Opelwagen

4 PS Zweiflügel Mk. 3000.—  
4 PS Zweiflügel (Spezialausf.) Mk. 3200.—  
4 PS Dreiflügel Mk. 3200.—  
4 PS Vierflügel Mk. 3600.—  
4 PS Limousine (dreiflügelig) Mk. 3750.—  
4 PS Limousine (vierflügelig) Mk. 4300.—  
4 PS Lieferwagen Mk. 3400.—  
Besichtigen Sie unsere Lager. Verlangen Sie kostenlose Vorführung.  
**Gebr. Sauer**  
Reutlingen-Behringen-Herrenberg.  
Spezialwerkstätte für Automobile u. Motorräder.

## „Ach August,“

seitdem ich **Dr. Thompson's Seifenpulver** kenne, hab ich keine Angst mehr, Dich zu heiraten.